

Liechtensteins Medienlandschaft – ein Sanierungsfall

Mit der Meinungsvielfalt ist es im Fürstentum nicht mehr weit her – jetzt präsentiert die Stiftung Zukunft.li neue Förderideen für Zeitungen und Radio

GÜNTHER MEIER, VADUZ

Bis vor drei Jahren galt Liechtenstein als eine Art Modell. Den etwas mehr als 40 000 Einwohnern standen mit dem «Volksblatt» und dem «Vaterland» zwei Tageszeitungen zur Information und Unterhaltung zur Verfügung. Zur Medienvielfalt trugen auch das öffentlichrechtliche Radio Liechtenstein und der privat finanzierte Fernsehkanal 1FLTV bei, begleitet von der Sonntagszeitung «Liewo» und dem Monatsmagazin «Lie:Zeit», die gratis in den Briefkästen landeten. Mit dem «Landesspiegel» etablierte sich zudem ein Online-Medium, das ausschliesslich auf digital verbreitete Informationen setzt.

Drei Jahre später ist aus dem Sonderfall ein Sanierungsfall geworden. Das «Liechtensteiner Volksblatt», die älteste Tageszeitung, musste 2023 aus finanziellen Gründen eingestellt werden. Ein Jahr später verlor Radio Liechtenstein die gesetzliche Grundlage als öffentlichrechtliche Rundfunkanstalt und büsste damit die weitgehend staatliche Finanzierung ein. Die Oppositionspartei

Demokraten pro Liechtenstein hatte erfolgreich eine Initiative zur Aufhebung des öffentlichrechtlichen Status lanciert. Die mit dieser Initiative verbundene Hoffnung auf einen privat finanzierten Radiosender hat sich jedoch bisher nicht einmal ansatzweise erfüllt.

Unzufriedenheit nutzen

Die Klagen über den Verlust an Medienvielfalt und die Verarmung der Medienlandschaft Liechtensteins sind unüberhörbar. Insbesondere in den politischen Parteien, von denen bisher jedoch keine konkreten Schritte zur Verbesserung an die Öffentlichkeit durchgedrungen sind. Nun legt die gemeinnützige Stiftung Zukunft.li, die sich als liberaler Think-Tank für aktuelle Themen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik versteht, eine umfangreiche Studie vor.

«Wir fühlen den Wert der Dinge erst, wenn wir sie verlieren», bringt die Zukunftsstiftung ein weitverbreitetes Unbehagen in der Öffentlichkeit über die ausgedünnte Medienlandschaft auf den Punkt. Diese Unzufriedenheit gelte

es zu nutzen, als Anstoss für neue Ideen und Initiativen, welche die Unabhängigkeit der Medien sicherten und die Meinungsvielfalt stärkten.

Allein die Erhaltung der geschrumpften Medienlandschaft wird ohne Zuschüsse des Staates nicht zu verwirklichen sein, geschweige denn eine Ausweitung in Richtung einer stärkeren Medienvielfalt. Im Rechnungsjahr 2024 flossen Fördermittel in der Höhe von 4,4 Millionen Franken an die Medienbranche. Sollte es neue Anbieter geben, die die Medienvielfalt ausweiten wollen, dürfte die bisherige Förderungssumme kaum ausreichen.

Doch einfach wird dieser Weg nicht werden, wie ein Blick zurück zeigt. Die Initiative zur Privatisierung von Radio Liechtenstein wurde erfolgreich mit der Begründung lanciert, der Staatsbeitrag an den Radiosender sei zu hoch. Mit dieser Argumentation konnte eine Mehrheit des Stimmvolkes gewonnen werden, obwohl die Regierung vor der Abstimmung gewarnt hatte, die Privatisierungsinitiative führe zur Abschaffung des Senders.

Als Idealkonzept, damit Medien unabhängig vom Einfluss des Staates oder einzelner Privatinteressen tätig sein können, wird ein «Schulterschluss privater Geldgeber» vorgeschlagen. Konkret wird die Gründung einer philanthropischen «Stiftung für Meinungsvielfalt» zur Verbreiterung der Trägerschaft für die einzige Tageszeitung vorgeschlagen. Das «Liechtensteiner Vaterland» gehört einer Stiftung der «Vaterländischen Union», der derzeitigen Mehrheits- und Regierungspartei. Als Gegengewicht schlägt die Studie den Aufbau einer «zweiten Stimme» vor: die Gründung einer neuen unabhängigen Zeitung zur Verstärkung der Meinungs- und Medienvielfalt.

Demokratie statt Bürokratie

Um dem Zielkonflikt des staatlichen Förderungssystems zwischen Zielgenauigkeit der Förderung und Unabhängigkeit der Medien zu entgehen, spricht sich die Studie für eine demokratische Fördervergabe anstelle der bisherigen Bürokratie aus. Nicht mehr

eine staatliche Institution sollte für die Zuteilung der Förderung zuständig sein, sondern die Bevölkerung: Jede steuerpflichtige Person könnte nach diesem Modell in der Steuererklärung angeben, welches Medium aufgrund seines Beitrags zur Vielfalt gefördert werden soll.

Neue Medienunternehmen können bereits jetzt von einer Anschubfinanzierung des Staates profitieren. Die Studie schlägt eine Weiterführung dieser Förderung vor, doch sollte das Ziel nicht sein, möglichst viele Startups zu unterstützen. Vielmehr gelte es, tragfähige Geschäftsmodelle, die sich möglicherweise schon im Ausland bewährt haben, zu fördern. Vorstellbar wäre laut der Studie eine Kooperation des Staates mit einer Stiftung oder einem Fonds, um den Förderungsprozess zu organisieren. Damit könnte eine politische Einflussnahme bei der Vergabe der Förderungsmittel verhindert oder verringert werden.

Gerald Hosp, Theresa Goop, Thomas Lorenz (2025): «Journalismus im Kleinstaat. Für eine zukunftsorientierte Medienlandschaft.» Stiftung Zukunft.li. Ruggell.